

## Uni-Kiez-Konflikt: Containerdorf vs. Forschungsfreiraum

Lesen Sie mehr über die Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf dem Unigelände in Berlin-Dahlem. Bröckelt die woke Fassade? #Flüchtlinge #Unigelände #Proteste

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem ist ein aktueller Diskussionspunkt, da Pläne des Senats vorsehen, ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge dort zu errichten. Die Freie Universität (FU) in Berlin zeigt jedoch Widerstand gegen diese Pläne. Die Unileitung war anscheinend nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden und fühlt sich übergangen. Obwohl die Universität grundsätzlich bereit ist, geflüchtete Menschen zu unterstützen, betont sie die Dringlichkeit des Grundstücks für eigene Bauprojekte.

Die Uni schlägt vor, dass leer stehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe genutzt werden könnten, da auf dem Unigelände eigene Baumaßnahmen geplant sind. Broemme, der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, verteidigt die Pläne und betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf brachliegenden Grundstücken eine sinnvolle Zwischenlösung sein könne. Die Diskussion zwischen der FU und dem Senat bezüglich der Verwendung des Grundstücks bleibt weiter bestehen.

Insgesamt plant der Berliner Senat 16 weitere Containerdörfer für Flüchtlinge, da der Bedarf an Unterkünften weiterhin hoch ist und die bestehenden Einrichtungen nicht ausreichen. Die Standorte der neuen Containerdörfer konzentrieren sich vor

allem auf den Ostteil der Stadt, was dazu beiträgt, dass das Ungleichgewicht in der Bevölkerungsverteilung weiter zunimmt. In einigen Stadtteilen, darunter auch Steglitz-Zehlendorf, sind die Pläne für neue Flüchtlingsunterkünfte bereits auf Widerstand gestoßen.

Die Diskussionen und Proteste gegen die Pläne zur Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Unigelände zeigen die verschiedenen Herausforderungen und Spannungen im Umgang mit der Flüchtlingskrise in Berlin auf. Während die Notwendigkeit der Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge offensichtlich ist, stellen sich Fragen zur Einbindung der lokalen Gemeinschaften und der Abwägung von Interessen in Bezug auf die Nutzung von öffentlichen Flächen für diesen Zweck.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**